

## Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Rolf Hempelmann

-- Nach den Ereignissen des ostjapanischen Erdbebens vom 11. März und dem einhergehenden Atomunfall von Fukushima 1 beschloss Deutschland allen anderen Staaten voran im Bundestag mit einer überwältigenden Mehrheit aus Mitgliedern der Regierungs- sowie Oppositionsparteien den Ausstieg aus der Kernenergie. Bundeskanzlerin Merkel hatte erst im Oktober des Vorjahres die von der Vorregierung unter Kanzler Schröder beschlossene Strategie eines Ausstieges aus der Kernenergie widerrufen und das Gesetz geändert, um die Laufzeit der inländischen Atomkraftwerke zu verlängern. Da kam es zum Atomunfall von Fukushima, woraufhin schließlich eine erneute Kursänderung vorgenommen und der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen wurde.

Hempelmann: Die Regierung Schröder, eine "Rot-Grün-Koalition" bestehend aus der SPD und den Grünen, hatte den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Die in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke wären bis ca. 2023 - 2025 vom Netz gegangen, weil die für sie vorgesehene Gesamtstrommenge abgelaufen wäre.

Anhand der Zahlen, wie lange welches Kernkraftwerk noch laufen würde und wieviel Strom dort bis dahin erzeugt werden könne, kalkulierte man, wieviel alternative Energie im Anschluss daran in Form von erneuerbaren Energien oder auch Strom aus herkömmlichen kalorischen Kraftwerken mit Kohle etc. verfügbar und wie hoch die Investitionen sein müssten.

Mit dem damaligen Beschluss stellte man sich nicht einfach gegen die AKW-Betreiber. Wenn dieser auch eine stufenweise Abschaltung vorsah, so wurde dennoch die Gewährleistung eines stabilen Betriebs für den Zeitraum der festgelegten Strommenge vertraglich zugesichert. Die Frage der AKWs stieß auch damals schon keineswegs auf das Verständnis der Bürger; es gab Widerstand gegen deren Betrieb an sich und Demonstrationen gegen den Transport von Atommüll, sodass der Betrieb ständig von verschiedensten Störungen begleitet war, weshalb dieser Vertrag, der eine gewisse Stabilität für den Betrieb gewährleisten sollte, auch durchaus im Interesse der AKW-Betreiber war.

Basis für das Konzept eines Ausstieges aus der Kernenergie bildete zuallererst einmal die verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien. Zeitgleich mit dem Beschluss wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz geschaffen, sodass der Anteil der erneuerbaren Energien, der im Jahre 2000 noch bei weniger als 5% der gesamten Energie lag, heute mit 22% ein Vierfaches beträgt.

Zweitens verstärkte sich durch diesen Beschluss der Wettbewerb zwischen den insgesamt vier Betreibern der Kernkraftwerke, und beschleunigte deren Investitionen in kalorische Kraftwerke, die mit Kohle oder Gas betrieben werden.

FDP und CDU/ CSU, die heutigen Regierungsparteien, kritisierten allerdings das Konzept der Rot-Grün-Koalition und kündigten schon damals an, falls sie an die Regierung kämen, dieses Gesetz, das die verbleibende Laufzeit der Atomkraftwerke festlegt, zu kippen. Bloß als die CDU/ CSU 2005 an die Regierung kam und aus ihren Reihen Angela Merkel als Bundeskanzlerin wählte, gab es mit dem damaligen Koalitionspartner SPD ziemlich lange Diskussionen. Frau Merkel, die unbedingt Kanzlerin werden wollte, ging schließlich auf die Forderung ein, von einer Verlängerung der von der SPD festgelegten verbleibenden Laufzeit der Atomkraftwerke Abstand zu nehmen. Mit den Wahlen von 2009 wurde allerdings ein Regierungsbündnis aus FDP und CDU/ CSU geboren. Die FDP war Merkels favorisierter Partner, doch mit der Zeit war auch die Liebe etwas abgekühlt. 2010 kam es dann endlich zu dem Beschluss, die AKW-Laufzeiten zu verlängern.

Der Beschluss stieß auf die Ablehnung der Investoren im Bereich erneuerbare Energien, denn ihrer Ansicht nach waren sie der Mainstream der Zukunft und der Atomstrom bloß eine ergänzende Energieform für die Zeit des Übergangs. Dagegen stellten sich auch jene Leute, die in herkömmliche mit Gas oder Kohle betriebene Kraftwerke oder in die kleineren Blockkraftwerke, die nicht zentral gesteuert werden – also kleinere Kraftwerke, die in Konkurrenz zu den Atomkraftwerken der vier großen Betreiber stehen – investiert hatten.

Auch im Hinblick auf das Wettbewerbsgesetz meldeten sich damals Monopolkommission und Wettbewerbskommission, die beiden Gremien, die für einen fairen Wettbewerb sorgen sollen, zu Wort, nämlich dass eine bloße Verlängerung der Laufzeit nur den vier großen AKW-Betreibern zugute komme und den lautereren Wettbewerb behindere.

Da kam der „3.11“, der auch das Weltbild der FDP - CDU/ CSU - Koalition mit einem Schlag veränderte. In den ersten zwei Wochen nach dem 11. März fanden in zwei Bundesländern Landtagswahlen statt, und die Meinungsumfragen zeigten deutlich, wie kritisch die deutschen Bürger den Atomkraftwerken gegenüberstanden. Die Regierungsparteien sahen, dass sie bei den Wahlen keine Chance hätten, wenn nicht dringend etwas unternommen würde, um dieser Stimmung beizukommen.

Nur wenige Tage nach dem Atomunfall von Fukushima spricht sich die Bundeskanzlerin und somit auch die Bundesregierung für ein Moratorium aus, das besagt, dass für die ältesten acht Atomkraftwerke – sieben davon sind sehr alt, das achte ist äußerst

problematisch, da es dort ständig Defekte gibt – die Verlängerung der Laufzeit ausgesetzt werden soll. Das Ergebnis der beiden Wahlen fällt allerdings trotz dieser rasch getroffenen Maßnahmen äußerst schlecht aus. Die Koalitionsregierung sieht angesichts dieser Niederlage endlich ein, dass es mit zögerlichen Maßnahmen wie einem Moratorium nicht getan sein kann und an Maßnahmen, die eine stufenweise Abschaltung und letztlich einen Ausstieg vorsehen, nicht vorbeizukommen sei.

Die Regierung hat nun natürlich Argumentationsnotstand, zumal sie bloß ein halbes Jahr davor die Verlängerung der Laufzeit beschlossen und diesen Beschluss als ihr großes Verdienst propagiert hatte. Kaum dass diese Worte verklungen waren, musste man nun den Bürgern erklären, dass man die Atomkraftwerke also doch abschalten würde, und eine solche Erklärung durfte nicht identisch sein mit jener der Schröder-Regierung vom Jahre 2000. SPD und Grüne hatten den Ausstieg aus der Kernkraft mit den Störfällen von Three Mile und Tschernobyl sowie mit der Frage der Entsorgung des Atommülls begründet, doch diese Argumente konnte die Regierung nun schlecht verwenden.

Es wurde also folgendermaßen formuliert, dass der Atomunfall von Tschernobyl in einem Land geschah, das damals nicht über die technologisch höchsten Standards verfügte. Dass jedoch in einem technologisch höchst entwickelten Land wie Japan, das alle möglichen Mittel zur Hand hätte, ein solcher Unfall passiert, zeige, dass offensichtlich Unfälle passieren können, die absolut nicht anzunehmen sind und die niemand vorhersagen kann.

Im Deutschen gibt es den Ausdruck „GAU“. Das könnte man mit „im schlimmsten Fall anzunehmender Störfall“ übersetzen. Bei Atomunfällen sprechen wir von „GAU“ oder „SUPERGAU“, doch weder in Japan noch in Deutschland hätte jemand an einen solchen Unfall gedacht. Natürlich ist die Wahrscheinlichkeit, etwa von einem Beben dieser Stärke oder einem Tsunami heimgesucht zu werden, in Deutschland nicht so gegeben, doch wenn auch die ursprüngliche Ursache ein Erdbeben oder Tsunami ist, so ist doch die Ursache, die den Störfall unmittelbar verursacht hat, der gänzliche Ausfall jeglicher Notstromaggregate. Ein solcher völliger Ausfall der Notstromversorgung ist durchaus auch in Deutschland denkbar.

Wer kann also die Möglichkeit eines Unfalls, den niemand hatte voraussehen können, abstreiten, wenn man behauptet, dass der Unfall von Fukushima nicht vorherzusehen gewesen sei? Etwas vorhersehen, das noch nicht eingetreten ist, ist überaus schwierig, und niemand kann behaupten, dass es nicht passieren würde. Die jetzige Regierung hat also den Ausstieg aus der Kernenergie damit erklärt, dass ein erneuter Unfall

ähnlich dem von Fukushima von niemandem auszuschließen sei.

-- Die Wahlergebnisse nach Fukushima waren deutlich – konnte man die kernenergiepolitischen Standpunkte nach den jeweiligen Anhängern von CDU/ CSU und FDP bzw. SPD eindeutig zuzuordnen? War die Kernenergiepolitik auch schon vor dem 11. März ein wichtiges Kriterium dafür gewesen, welche Regierung man sich wünschte?

Hempelmann: Bei den Bundestagswahlen 2009 deklarierten CDU/ CSU und FDP, dass sie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern würden. Es ist Tatsache, dass sie gewählt wurden, nachdem sie das erklärt hatten. Allerdings heißt das nicht notwendigerweise, dass sich die Wähler für die CDU oder FDP entschieden hätten, da diese Parteien die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern würden. Die Analysen zeigen vielmehr, dass die Wähler zwar gegen diese Maßnahme waren, jedoch bei der Gesamtbewertung der CDU oder FDP den Vorzug gaben. Es gibt schließlich abgesehen von der Kernenergiepolitik eine Menge anderer Themen, und diese anderen Themen hatten für die Wähler offensichtlich höhere Priorität.

Ein wichtiges Thema ist die soziale Gerechtigkeit. Die SPD hat in den 11 Jahren, während der sie an der Regierung war, eine Menge sozialer Reformen durchgeführt. Konkret zu nennen wären hier die Rentenreform oder die Reform des Krankenversicherungssystems. Diese Reformen kamen bei den Bürgern nicht unbedingt gut an. Obwohl sie nicht populär waren, wurden sie, weil dringend notwendig, durchgesetzt.

Wählerbefragungen zeigen bei den Wählern aller Parteien erhöhte Besorgnis wegen der Atomkraftwerke. Bei den verschiedenen Landtagswahlen in diesem Jahr erlebten die Grünen den größten Aufschwung. Die Grünen haben ein sehr klares Parteiprogramm mit Umwelt, Klimawandel oder Anti-Kernenergie als Hauptthemen. Wir gehen davon aus, dass es früher oder später wieder eine Rot-Grün-Koalition geben wird. Die Grünen werden dann vor allem ihre Schwerpunktthemen Umwelt, Klimawandel und Förderung von erneuerbaren Energien betonen. Die SPD stimmt dem durchaus zu, wird allerdings rundum das Thema Energie nicht nur die Förderung erneuerbarer Energien oder den Ausstieg aus der Kernenergie ansprechen, sondern auch auf Aspekte im Zusammenhang mit der sozialen Gerechtigkeit wie etwa die Stabilität oder Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung Wert legen.

In Japan wird häufig argumentiert, Japan könne als Inselstaat keinen Strom importieren, Deutschland hingegen wegen seiner Binnenlage Atomstrom von seinem französischen Nachbarn beziehen. Diese Behauptung erscheint mir unbegründet und bloße

Propaganda.

In Japan fängt es schon damit an, dass die Frequenzen im östlichen und westlichen Teil des Landes mit 50 bzw. 60 Hz unterschiedlich sind, was man sich nur damit erklären kann, dass die Unternehmen in der jeweiligen Region so ihre Monopolstellung verstärken wollten. Außer Acht gelassen wurde dabei, dass dadurch die Regionen im Fall von Stromknappheit einander nicht unterstützen können. Unternehmen mit Monopolstellung sind natürlich daran interessiert, diese aufrechtzuerhalten, doch die Politik müsste hier einfach etwas mehr auf Distanz gehen.

Trotz der Insellage wäre es doch durchaus möglich, mit Korea auf der anderen Seite des Meeres ein Versorgungsnetz zu schaffen. Wenn man erst einmal die monopolistischen Strukturen zerschlägt, ist es als nächster Schritt sicherlich möglich, das Netz mit dem Nachbarland zu verbinden. Eine solche Einführung fairer Wettbewerbsprinzipien käme auch dem Konsumenten im Hinblick auf die Strompreise zugute.

Deutschland importiert übrigens keinen Strom, sondern exportiert. Die Zeiten, während der importiert wird, sind zwar länger geworden, doch gesamt gesehen überwiegt immer noch der Export, sodass Deutschland zu den stromexportierenden Staaten zählt.

Wenn man sich allerdings den Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage oder zwischen Import und Export genauer ansieht, muss man feststellen, dass die Exportmenge wirklich gering ist, also Angebot und Nachfrage ausgewogen sind. Mit den nah angrenzenden Regionen der Nachbarländer ist das Stromversorgungsnetz in vielen Fällen nur sehr schlecht ausgebaut; Bemühungen um einen besseren Ausbau werden fortgesetzt.

Jene, die den Markt monopolisieren, sind verständlicherweise daran interessiert, für sie selbst günstige Informationen in Umlauf zu bringen, weshalb häufig behauptet wird, Deutschland würde von Frankreich Atomstrom importieren. Es ist allerdings Tatsache, dass ebenso Strom von Deutschland nach Frankreich exportiert wird. Dieser Sommer war verhältnismäßig heiß, und da Frankreichs Stromversorgung zu mehr als 75% auf Atomstrom angewiesen ist, muss im Sommer, wenn der Strombedarf steigt, die Leistung heruntergefahren werden. Das rührt daher, dass durch das Abwasser aus den Atomkraftwerken die Temperatur der Flüsse zu sehr ansteigt, was sich stark auf das ökologische System und die Umwelt auswirkt. Der französische Monopolbetrieb für Stromerzeugung EDF kann deshalb seine Atomkraftwerke nicht auf voller Leistung weiterbetreiben und importiert Strom aus Deutschland, der u.a. in kalorischen Kraftwerken erzeugt wird.

Die Behörde der deutschen Regierung, die für den Ausbau des Stromnetzes zuständig

ist, hat diesen Sommer die japanische Situation sehr aufmerksam verfolgt. In Japan laufen im Sommer ständig die Klimaanlage, weshalb der Stromverbrauch hoch ist. Obwohl dieses Jahr 38 der insgesamt 54 Atomreaktoren abgeschaltet waren, ist man irgendwie durchgekommen.

In Deutschland ist die Situation im Winter am kritischsten. Zu Spitzenzeiten stehen einem Stromverbrauch von etwa 80 Gigawattstunden bis 100 Gigawattstunden verfügbarer Strom gegenüber (Angaben BDEW/Bundesnetzagentur/). Das Problem ist also nicht, dass die Menge des lieferbaren Stroms nicht ausreichen würde, sondern dass die Standorte der Kraftwerke ungünstig sind. Sprich, das Problem ist nicht die Elektrizitätserzeugung, sondern die –leitung. Früher gab es auch in der deutschen Elektrizitätswirtschaft Monopolstellungen in den verschiedenen Regionen. Ende der 90er Jahre wurde die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft jedoch liberalisiert. Dies ging einher mit dem Zusammenschluss Europas und dem Aufkommen von Energiehandel im europäischen Raum. Die heute noch existierenden Kraftwerke wurden nahe an den Großstädten gebaut, wo auch der Stromverbrauch am höchsten ist, und diese Tendenz gilt bis heute.

Erneuerbare Energien wie etwa Windergie allerdings können zum Beispiel an der Küste gewonnen werden, wo es wenig Industrie gibt. Derzeit wichtige Fragen sind daher, wie dieser Strom über große Distanzen bis in die Industriezonen in der Nähe der Großstädte zu den Verbrauchern geliefert werden und wie das dafür nötige Leitungsnetz ausgebaut werden kann.

Die Behörde der Regierung, die für das Leitungsnetz zuständig ist, versucht nun abzuschätzen, wo in ganz Deutschland, wenn in Zukunft Atomkraftwerke abgeschaltet werden, Schwierigkeiten mit der Energieversorgung auftreten könnten und einen Plan zu erstellen. Eine Region, in der Probleme auftreten könnten, ist Süddeutschland. Bei einer relativ hohen Dichte von Atomkraftwerken gibt es, wenn diese in Zukunft abgeschaltet werden, keine ausreichende Zahl von Kohle- oder Gaskraftwerken, die sie ersetzen könnten. Die Ursache dafür, dass es in Süddeutschland nur wenige Kohlekraftwerke gibt, liegt darin, dass die Entfernung zu den Gebieten, wo Kohle abgebaut werden kann, groß ist, weshalb man, wenn, dann lieber Atomkraftwerke errichtete. Regionen mit ähnlichen Problemen gibt es auch noch anderswo.

In Süddeutschland ist man nun dabei, neue Gaskraftwerke sowie Windparks oder Powerparks für Windkraftwerke zu planen. Längerfristige Projekte laufen bereits, bloß wie kommt man über den nächsten Winter? Man versucht nun zum Beispiel, die Wartungsphasen für die derzeit verfügbaren Kohle- und Gaskraftwerke möglichst nicht auf den Winter zu legen.

Es werden auch zahlreiche detaillierte Maßnahmen getroffen. Zum Beispiel wird mit Großabnehmern, die direkt grosse Strommengen beziehen, verhandelt, und, sofern diese eine Möglichkeit haben, den Strom von einem anderen Kraftwerk zu beziehen, die Stromlieferung eingestellt. In Deutschland ist, anders als in Japan, das Leitungsnetz in anderen Händen als die Stromerzeugung, weshalb beide Seiten nun intensiv zusammenarbeiten und kommunizieren, um über den kommenden Winter und auch die Zeit danach zu kommen und den nötigen elektrischen Strom liefern zu können.

-- Deutschland spielt doch im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise, die mit der Verschlechterung der Finanzlage in Griechenland einhergeht, eine bedeutende Rolle. Der deutsche Bundestag hat einen Funktionsausbau des EFSF, nämlich in erster Linie eine erhebliche Erhöhung des Gesamthilfspakets beschlossen. Berichten entnimmt man allerdings auch, dass 80% der Deutschen gegen diese Hilfeleistungen seien. In Japan können Politiker kaum entgegen dem starken Widerstand der Öffentlichkeit Beschlüsse fassen. Was steht hinter diesem Beschluss im Bundestag, was ist das Wesentliche einer solchen politischen Idee?

Hempelmann: Bei der jetzigen Krise spricht man von der „Euro-Schuldenkrise“. Ich sehe sie allerdings als eine „Euro-Krise“. Es ist nicht bloß eine von der Verschuldung Griechenlands herbeigeführte Krise, sondern von den Krisen verschiedener Länder, auch von anderen Euro-Ländern wie Irland oder Spanien. Die Ursache liegt auch nicht allein in der Verschuldung, sondern in verschiedensten politischen Fehlentscheidungen in verschiedensten Angelegenheiten. Im Falle Griechenlands handelt es sich konkret um eine Schuldenkrise. In Irland kam zur Verschuldung eine Misswirtschaft im Steuersystem, die man als Steuer-Dumping bezeichnen könnte. In Spanien traten verschiedene Probleme auf, nachdem die Regierung die hohe Jugendarbeitslosigkeit nicht durch beschäftigungspolitische Maßnahmen in den Griff bekommen konnte.

In absoluten Zahlen ausgedrückt ist die Gesamtstaatsverschuldung Griechenlands geringer als die von Japan. Allerdings werden die japanischen Staatsanleihen von inländischen Investoren gehalten, weshalb die japanischen Politiker beruhigt sein können, doch man weiß nicht, wie lange diese Geduld noch anhält. [Gelächter] Ich bin seit 17 Jahren Abgeordneter – dies ist meine fünfte Legislaturperiode, weshalb ich vielfach erfahren habe, wie schwierig es ist, im Bundestag einen Beschluss zu fassen, gegen den 80% der Wähler sind. Allerdings meine ich, dass ein Politiker, der Maßnahmen, obwohl er weiß, dass sie nötig sind, nicht durchzieht, bloß weil seine Wähler dagegen sind, nicht gebraucht wird.

Ich finde, Politik muss drei Bedingungen erfüllen: Erstens Verantwortung tragen. Außerdem Entscheidungen, die wirklich vonnöten sind, treffen. Und drittens dies gegenüber den eigenen Wählern und den Bürgern entsprechend erklären. Wer diese drei Punkte nicht erfüllen kann, taugt meiner Meinung nach nicht als Politiker.

Die jetzige Bundeskanzlerin hat Punkt 2, nämlich die nötigen Entscheidungen zu treffen, hinausgeschoben. Das hat die von Angst motivierten Spekulationen weiter verstärkt und letztendlich die Kosten erhöht. Bundeskanzlerin Merkel kam in die unseriöse Berichterstattung der Skandalpresse als jene, die Griechenland einen Schurken nannte und argumentierte, dass sie nicht bereit sei, für Schurken Hilfeleistungen zu zahlen. Allerdings musste sie schließlich eingestehen, dass man Griechenland, auch um der EU und um des Euro willen, wie eben beschlossen, unterstützen müsse.

Kanzlerin Merkel hat sich sowohl in der Griechenlandfrage als auch in der Kernenergiefrage 180 Grad gewendet und kam dadurch in Argumentationsnotstand gegenüber den Bürgern.

Was aber ist nun wirklich zu tun?

Zunächst müssen jene Länder, die Hilfe benötigen, rigorose Finanzreformen durchführen. Im Falle von Griechenland ist der wichtigste Punkt, dass bislang die Steuern nicht entsprechend eingetrieben worden waren. Die zuständige Behörde funktioniert überhaupt nicht, weshalb der Staatskasse Steuereinnahmen fehlen. Zweitens wird es nötig sein, etwa die Renten zu kürzen und das Rentenalter anzuheben, Maßnahmen, für die man nur äußerst schwer die Unterstützung der Bürger gewinnen kann. Allerdings liegt derzeit das griechische Rentenalter mit 53 Jahren verglichen mit dem europäischen Durchschnitt sehr niedrig, sodass eine Angleichung an das Durchschnittsniveau unabdingbar und auch nicht unmöglich ist. Außerdem geht es um eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu dem Alter, wo man in Rente geht. Drittens muss das Lohnniveau für Beamte bzw. für den öffentlichen Dienst gesenkt werden. Gemessen am durchschnittlichen Einkommen der griechischen Bürger liegt dieses sehr hoch und bedarf einer Kürzung.

Im deutschen Bundestag haben wir einen Ausbau des EFSF unter diesen Bedingungen beschlossen. Bei der Abstimmung wurde auch bemerkt, „dies sind die zum Zeitpunkt nötigen Schritte, die aber keineswegs ausreichend sein werden“. Als dem EFSF übergeordnete Struktur gibt es den European Stability Mechanism (ESM). Die deutsche Regierung sowie andere europäische Staaten vertreten die Meinung, dass im ESM angesichts der je nach Eurozonenmitgliedsstaat stark differierenden Standards hinsichtlich einer soliden Finanzpolitik auch die Kontrollmechanismen ausgebaut werden müssen, sprich eine verstärkte Überwachung und gegebenenfalls Sanktionen



nötig sein werden.

Das ist die Ansicht des Bundestags, die wir seitens der SPD als nicht ausreichend erachten. Wenn man etwa einem Land wie Griechenland Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung und Kostensenkung zwangsweise auferlegt, schrumpft die Volkswirtschaft. Die Frage ist, wie bei geringeren Fiskaleinnahmen und einer geschrumpften Volkswirtschaft auch noch die finanziellen Mittel zum Schuldenabbau aufgebracht werden sollen. Es entsteht ein Teufelskreis, der die Volkswirtschaft weiter belastet, sodass die Spirale immer weiter nach unten geht.

Überlegt man nun, ob es nicht eine geeigneterere Methode gibt, Maßnahmen zu setzen, die Investitionen anregen, so gibt es, wenn auch die finanziellen Mittel nicht allzu reich sind, zum Beispiel Strukturfonds im Budget für die EU Regionalmaßnahmen. Solche Fonds investieren in den Bereich Infrastruktur von wirtschaftlich schwächeren EU-Mitgliedsstaaten. Üblicherweise investiert das betroffene Land gemeinsam mit dem Fond, doch dazu hat Griechenland nun kein Geld übrig. Da Griechenland ein Reiseland ist, sollte der Strukturfond zum Beispiel erst einmal in die Tourismusinfrastruktur investieren. Der nächste Schritt wäre, durch entsprechende Maßnahmen auch private Unternehmen zu Investitionen in Griechenland anzuregen. Außerdem wäre es zielführend, Geldmittel des EFSF zu nutzen, um in Form von Subventionen zu privaten Investitionen animieren.

Ich meine, dass es darüberhinaus nötig ist, politische Maßnahmen und Strukturen zu schaffen, die es in Zukunft verhindern, dass nochmals passiert, was wir derzeit erleben. Der Finanzmarkt bedarf einer strengeren Regulierung. Vor allem höchstspekulatives Finanzbusiness gehört verboten. Was insbesondere zu verbieten ist, sind spekulative Investitionen mit Geldmitteln anderer Unternehmen sowie Investitionen oder Finanzserviceleistungen ohne Eigenkapital.

Wir brauchen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Es sind verschiedene Methoden denkbar, entweder eine Besteuerung jeder einzelnen Transaktion oder die Besteuerung der durch Finanztransaktionen erwirtschafteten Einkünfte, doch die Einrichtung ist unerlässlich. Dies würde sich nicht nur für Europa, sondern auch für die USA oder für Asien in dreierlei Hinsicht positiv auswirken.

Erstens können alle am Finanzmarkt Beteiligten im Falle einer durch Veränderungen im Finanzmarkt entstandenen Krise zu deren Bewältigung beitragen. Dies ist insofern möglich, als mit den Steuern, die von den im Finanzmarkt Aktiven eingehoben wurden, die finanziellen Mittel geschaffen werden, um eventuelle Probleme zu beheben.

Der zweite Vorteil ist, dass durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer der europäische Finanzmarkt eine Verbesserung erfährt. Die derzeitige Situation ist nämlich

so, dass der im Finanzmarkt erzielte Gewinn ein privater Gewinn ist, während die gemachten Verluste von der Öffentlichkeit getragen werden, nämlich dadurch, dass öffentliche Mittel zugeschossen werden. Stattdessen sollten dann diese Steuereinnahmen herangezogen werden.

Drittens kann, auch wenn die Finanztransaktionssteuer bloß 0,5 oder 1 % ausmacht, der negative Einfluss durch die Transaktionen via Computer weitgehend ausgeschaltet werden. Ein Großteil der hochspekulativen Transaktionen wird derzeit durch Computersoftware gesteuert, sodass sich der Finanzmarkt in minimalen Zeitabschnitten von 0,01 Sekunden schon mehrmals bewegt. Die Gewinnspanne von solchen Transaktionen ist minimal, im Bereich von Hundertstelprozent, doch aufgrund der Steuerung per Computer kann tausende Male gekauft und wieder verkauft werden, sodass man am Ende doch einen Gewinn macht. Wenn man eine Finanztransaktionssteuer von 0,5% einführt, erübrigt sich dieses Businessmodell von selbst. Man kann also abstellen, dass der Finanzmarkt von Computersoftware durcheinandergebracht wird.

Den Bürgern muss man erst einmal offen erklären, dass Deutschland den größten Anteil bezahlt, auch was den EFSF anbelangt. Allerdings profitiert auch Deutschland am allermeisten davon, wenn der Markt innerhalb der Eurozone und innerhalb der EU funktioniert. Wir sind weltweit das Exportland Nummer 2, wobei 60% in der EU exportiert werden. Deshalb muss man ordentlich darlegen, dass es für Deutschland große Vorteile hat, wenn der Markt innerhalb von Eurozone und EU funktioniert.

Steinbrück, der in der Koalition mit der CDU/ CSU den Finanzminister stellte und mit dem Lehman-Schock konfrontiert war, wurde für die raschen Gegenmaßnahmen damals sehr geschätzt. Von ihm gibt es den Ausspruch „Europa braucht eine Erzählung“. Dass sich die Menschen der verschiedenen Länder Europas als Europäer verstehen, dass die EU die Geschichte, in der wiederholt Kriege geführt wurden, überwunden und eine Zeit des Friedens geschaffen hat, dass sie, wenn sie dabei auch Krisen erlebt, die Länder Süd- und Osteuropas integriert und dadurch langsam, aber dennoch auch in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus Erfolge zu verzeichnen hat, das ist die europäische Erfolgsstory.

Auch heute ist die finanzielle Lage Europas verglichen mit den Zahlen Amerikas immer noch bedeutend besser. Präsident Obama, der innenpolitisch unter hohem Druck steht, hat zum Treffen der Finanzminister und Bankenchefs Finanzminister Geithner entsandt, der dort „Ratschläge“ erteilt hat. Da möchte man eigentlich sagen, „macht doch zuerst einmal daheim richtig Eure Hausaufgaben“. Die amerikanische Finanzlage ist miserabel, doch bislang wurden keine wirksamen Maßnahmen getroffen.

-- Wenn man sich etwa die Situation um die Steuereinnahmen in Griechenland ansieht, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Ausweitung der Eurozone und der EU zu schnell ging, bloß die Ausweitung war doch eigentlich von Anfang an eine der Vorgaben der EU.

Hempelmann: Ich verstehe, was Sie meinen, doch die Ausweitung ist nun schon einmal fortgeschritten, und hier rückblickend Kommentare abzugeben, ist politisch eigentlich nicht weise. Außerdem steht die Mehrzahl der in allerjüngster Zeit beigetretenen Staaten wirtschaftlich durchaus gut da. Estland ist überhaupt ein Musterschüler, mit den drei baltischen Staaten und Polen klappt es sehr gut.

Hinter diesem oft in den Mund genommenen „Es sei zu früh gewesen“, steckt allerdings auch eine wichtige Denkweise. Bei der Aufnahme der neuen Beitrittsländer wurden zwar friedenspolitische Aspekte sowie wirtschaftliche Überlegungen berücksichtigt. Ich meine aber, wenn diese neuen Mitgliedsstaaten erst einmal dazugestoßen sind, bedarf es außerdem einer weiteren europäischen Integration etwa in Form von einheitlichen steuerpolitischen oder auch finanzpolitischen Maßnahmen.

Blickt man zurück in die Geschichte, so gab es vor der EU die EG oder auch die EURATOM oder noch weiter davor die Montanunion. Die Entscheidungen, die in den jeweiligen Phasen getroffen wurden, waren keineswegs selbstverständlich. Es gab durchaus auch Gegenstimmen und besorgte Stimmen. Doch das Europa von heute hat eine Geschichte mutiger Entscheidungen geschrieben. Dass die EU eine solche Ausweitung erlebt hat, das lässt sich auch nur durch ihre Erfolgsstory erklären. Die EU ist heute so groß, wie sie ist, weil das Konzept „Europa“ aufgegangen ist.